

**Impulspapier des Netzwerks Mannheimer Kreis- NEMAK e.V.
zu den Koalitionsverhandlungen
4. März 2025**

Dieses Impulspapier enthält grundlegende und inhaltliche Anmerkungen, die frühzeitig in die Verhandlungen des Koalitionsvertrags einfließen sollen. Es setzt Impulse für richtungsweisende Entscheidungen und legt eine klare Grundlage für die weitere politische Ausgestaltung.

Regieren in Zeiten des Umbruchs

Deutschlands Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell ist **existenziellen Bedrohungen von innen und außen** ausgesetzt. Die offene Gesellschaft und rechtsstaatliche Demokratie werden von autoritären Staaten und großen medialen und digitalen Plattformen, die einer rein privatwirtschaftlichen Logik folgen, angegriffen. Vor dem Hintergrund des fortschreitenden Klimawandels stellen Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine, die zunehmenden geopolitischen Spannungen und die Energiekrise die regelbasierte Weltordnung und das europäische und deutsche wohlfahrtsstaatliche Modell in Frage. Die Gefahr des kulturellen Zerfalls der Gesellschaft, des ökonomischen Abstiegs und Regierungsübernahmen durch rechtsextreme Landesverbände der AfD – bei den vergangenen Bundestagswahlen lag der Stimmenanteil der AfD und des BSW in Sachsen etwa bei über 50% – stehen im Raum.

Angesichts dieser Herausforderungen müssen die demokratischen Parteien eine gemeinsame Strategie entwickeln, wie dem Populismus Einhalt geboten werden kann. In dieser Situation kann die neue Bundesregierung **kein „Business as usual“** betreiben, sondern muss **mutig neue Wege gehen**.

Übergreifende Prinzipien für die Politikgestaltung einer neuen Regierung

Die Beteiligung der SPD an einer künftigen Regierung muss sich an **übergreifenden Grundsätzen orientieren**.

Die **Einheit aller demokratischen Kräfte** muss das zentrale gesellschaftspolitische Projekt dieser Regierung sein. **Lagerkämpfen und inszenierter Symbolpolitik muss dringend ein Ende gesetzt werden**. Stattdessen müssen eine sachliche Streitkultur und Solidarität in Fragen der Gestaltung der Transformation, einer gemeinsamen starken Europapolitik, der Steuerung der Migration und der Bekämpfung des Rechtsradikalismus zu gemeinsamen Lösungen führen. **Weniger Polarisierung ist die beste Strategie zur Bekämpfung aller Demokratiefeinde und stärkt in einem demokratischen Bündnis alle Beteiligten**. Die Resilienz der Justiz, der Verwaltung, der Medien sowie zivilgesellschaftlicher Strukturen müssen gestärkt werden.

Eine Koalitionsvereinbarung darf kein wildes Maßnahmenbündel sein, sondern muss **gemeinsame Prinzipien und Ziele** festlegen und sollte spätestens nach zwei Jahren überprüft werden. So wird verhindert, dass die Vereinbarung aus Spiegelstrichen der einzelnen Parteiprogramme besteht, die danach „Gewinnern und Verlierern“ zugeordnet werden. Ein ergebnisorientierter Pragmatismus muss sich auch in einer ressortübergreifenden Verteilung der Aufgaben widerspiegeln. Ressortübergreifende Zielsetzungen und interministerielle Teams vereinfachen auch die Überwachung von Ergebnissen und Zwischenergebnissen. Die Modernisierung des Staates und Verwaltung muss institutionell überzeugend und mit starker und übergreifender politischer Verantwortung angegangen und verankert werden.

Die Herausforderungen, mit denen Deutschland konfrontiert ist, werden von seinen europäischen Partnern geteilt und erfordern einen **europäischen Ansatz**. Die Einbindung Europas in die Lösungsfindung auf Regierungsebene sollte übergreifend erfolgen und nicht das Ergebnis kurzfristiger taktischer Überlegungen sein. Die Einheit der Demokraten gegenüber illiberalen Kräften und Demokratiefeinden muss auch auf europäischer Ebene gewährleistet sein.

Inhaltliche Schwerpunkte

Vier prioritäre Themen sollten im Mittelpunkt der laufenden Verhandlungen stehen.

1. Deutschland braucht eine **starke Gesellschaft**. Daher muss die **soziale und öffentliche Infrastruktur** im Interesse der Bürger gestärkt werden. Hierfür müssen in den nächsten Jahren große Investitionsbedarfe gedeckt werden. Dafür müssen ausreichend Mittel zur Finanzierung zur Verfügung gestellt werden, sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene. Konkrete und sichtbare Erfolge in der allgemeinen und sozialen Infrastruktur wirken in alle gesellschaftlichen und politischen Milieus. Zur Wirkung individueller Hilfestellung sollte eine kritische Bestandsaufnahme durch eine Reformkommission, die Aufgaben, Ziele sowie Instrumente anpasst, gemacht werden. Ein starker und resilienter Staat braucht **leistungsfähigen Kommunen**. Sie müssen finanziell gestärkt und von bürokratischer Aufgabenüberlastung befreit werden.
2. Die **Sicherheit in Deutschland und Europa** muss gewährleistet bleiben. Deshalb muss die europäische Sicherheitsarchitektur gestärkt werden. Hierzu gehören eine Prüfung der Möglichkeit eines europäischen nuklearen Schutzschildes und Schritte hin zu einer gemeinsamen europäischen Armee, zum Beispiel durch eine verstärkte militärische Integration und gemeinsame Beschaffung von militärischem Material.

3. **Innerhalb Deutschlands müssen die Themen innere Sicherheit und die Bekämpfung irregulärer Migration kommunikativ als separate Strategien behandelt werden.** Irregulärer Migration muss als solcher begegnet werden und Menschen, die keinen regulären Aufenthalt in Deutschland haben, müssen unser Land wieder verlassen. Gleichzeitig müssen weitere Möglichkeiten der regulären Zuwanderung geschaffen und die Integration gefördert werden, da wir eine Fachkräftezuwanderung dringend brauchen.

4. **Die digitale und nachhaltige Transformation der Wirtschaft muss entschlossen fortgesetzt werden.** Wir wollen den europäischen Rechtsrahmen und seine Ziele in den Bereichen Klimawandel, Finanzpolitik, Künstliche Intelligenz und digitale Plattformen beibehalten. Für die digitale Souveränität Deutschlands ist der Aufbau einer leistungsfähigen und eigenständigen KI-Infrastruktur unverzichtbar, bei der eine zentrale Koordinierung und effiziente Ressourcennutzung sichergestellt werden muss. Die Transformation unserer Wirtschaft muss einhergehen mit einer verstärkten Resilienz und reduzierten Abhängigkeiten. Die Digitalisierung und der KI-Einsatz in der etablierten Wirtschaft müssen durch gezielte Maßnahmen und Anreize beschleunigt werden, um unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Dekarbonisierung, Elektrifizierung und Kreislaufwirtschaft müssen fortgeführt werden. Angesichts der durch neue Energie-Infrastrukturen (Steuerung und Verteilung) anstehenden Kosten muss der Staat die Industrie und Verbraucher unterstützen. Energie muss bezahlbar bleiben - für die Privathaushalte, aber vor allem auch für unsere Industrie. Unsere Industriearbeitsplätze und gute Löhne müssen gesichert werden, um eine gesellschaftliche Akzeptanz für die Transformation aufrechtzuerhalten.